

Gewerkschaftliche Rundschau

Zeitschrift des Zentralverbandes der Arbeitnehmer öffentlicher Betriebe und Verwaltungen

Mitglied des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften und des Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Erscheint alle 14 Tage.

Durch die Post bezogen vierteljährlich 1.50 Goldmark.

Anzeigen: Die dreizehnpaltige mm-Zeile 0.19 Mark.

Hauptgeschäftsstelle Köln, Jülicher Straße 27.

Verantwortlicher: Ami Anno 2262.

Redaktionschluss: Montags vor Erscheinen.

Die grundsätzliche Bedeutung der christlichen Gewerkschaften.

Die gewerkschaftliche Klein- und Alltagsarbeit birgt die Gefahr in sich, daß man bei dem so oft notwendigen Zusammengehen mit Gewerkschaften anderer Richtungen die grundsätzliche Eigenart, das eigene Wollen der christlichen Gewerkschaftsrichtung nicht mehr in seiner Deutlichkeit erkennt. Von Zeit zu Zeit ist daher eine Besinnung auf die grundsätzliche Bedeutung der christlichen Gewerkschaften sehr wohl am Platze. Mehr noch deshalb, weil legendlich die Idee der christlichen Gewerkschaftsbewegung es ist und sein muß, die uns im Kampfe des Alltags, bei der Arbeit für die Bewegung Antrieb und nachhaltige Willenskraft verleiht.

Wir nennen uns Bewegung.

Was ist aber eine Bewegung? Die Antwort auf diese Frage ist zugleich eine Erklärung der Grundlagen der modernen Gewerkschaftsbewegung.

Eine Bewegung ist die dauernde, nachhaltige Willens- und Kundgebung einer größeren Anzahl von Menschen, bestimmte Verhältnisse in bestimmter Weise zu regeln, auch der Versuch, sie in eine bestimmte Richtung zu drängen. Diese Willenskundgebung darf aber nicht wie ein Strohfleisch erlöschen. Bewegung ist nicht schnellverrauchte Begeisterung. Das Nachhaltige ist das Charakteristische bei der Bewegung. (Dr. Brauer.) Eine Bewegung hat den Menschen und den Willen zu erfassen.

Im Gegensatz dazu steht das Handeln einer handvoll Leute, die auch Bewegung machen. Hauptgrundlage einer Bewegung ist aber die Idee! Sie muß den Menschen erfassen und mit Begeisterung erfüllen. Sein ganzes Sein, Sinnen und Trachten muß der Idee gelten. Für sie setzt der Mensch sich ein, leidet und wirkt er. In der Idee selbst vereinigt sich wieder Ausgangspunkt und Ziel.

Unsere christlichen Gewerkschaften sind in ihrer Gesamtheit eine Bewegung, die eine

ausgesprochene eigene Ideenwelt

hat. Hieraus schöpft aber auch unsere Bewegung ihre größte Kraft. Ohne diese ihre Idee wäre sie der Erstarrung und dem Verfall preisgegeben. Die Ideenwelt der christlichen Arbeiterbewegung wurzelt im Religiösen. Sie ist die christliche Gemeinschaftsidee. Sie ist älter als die Arbeiterschaft, sie ist so alt wie das Christentum selbst. Und doch liegt auch heute noch in der Verwirklichung der christlichen Gemeinschaftsidee der einzig mögliche Weg, um zur Volksgemeinschaft zu kommen. Nur im Rahmen dieser Idee ist eine Gesellschaftsgestaltung möglich, deren Zeichen wahre Gerechtigkeit sein soll.

Die große Aufgabe der christlichen Arbeiterschaft ist es, die christliche Gemeinschaftsidee wieder zu verwirklichen.

Wir finden heute den christlichen Gemeinschaftsgedanken allzusehr in „Geschäften“ erstarrt. Bei der großen Masse der Arbeiterschaft ist der Marxismus an die Stelle dieses Gedankens getreten.

Der Mensch ist nicht nur ein Individualwesen, sondern auch ein Sozialwesen, d. h. er ist nicht nur für sich selbst, sondern auch für die Gemeinschaft da. Das ist die Gemeinschaftsidee nach christlicher Auffassung. Das Wesen der

christlichen Solidarität besteht darin, daß jeder Einzelne als Person stets und immer seiner Verantwortung für die Gemeinschaft sich bewußt ist.

Noch ein anderes bleibt in diesem Zusammenhang zu sagen: Die christliche Gemeinschaftsidee schließt aber auch eine andere Rangordnung der Werte

ein. Andere als wie sie die heutige Menschheit anerkennen will. Diese Unordnung der Wertbetrachtung und -bestimmung hat sich in Deutschland beispielsweise nach der zunehmenden Industrialisierung, nach dem Aufkommen der heutigen Wirtschaftsgebilde und Wirtschaftsauffassungen, bitter gerächt. Ein Stand besonders ist es, der unter den Auswirkungen der Unordnung in der Wertbestimmung der heutigen Generation zu leiden hat, der Arbeiterstand. Er ist aber auch berufen, diese Ordnung in der Wertbestimmung wieder herzustellen. Hier herabragt der Sozialismus. Daraus erwächst für die christliche Arbeiterbewegung Deutschlands und der Welt die große Aufgabe, den wahren Wert der Güter zu erkennen und für eine rechte Ordnung derselben immer wieder sich einzusetzen.

Anzusehen hat diese bei den materiellen Gütern. Diese haben der Lebenshaltung der Menschen zu dienen und zwar, um der geistigen Möglichkeiten willen, die jeder Mensch in sich trägt. Die materiellen Güter sind um der Kultur, um der geistigen Güter willen da. Eine andere Bewertung der materiellen Güter ist unchristlich. Allen Menschen, allen Gliedern eines Volkes, soll die Nützlichkeitsfunktion der geistigen Güter möglich gemacht werden. Darum die Zuwendung der materiellen Güter allen Menschen. Materielle Güter haben aber wiederum nur insoweit Wert, wie sie der Verwirklichung von geistlichen Werten dienen. Nicht alles, was heute als Kulturgut gewertet wird, ist wirklich solches. Das sollte eine im Kern unverbundene und von mancher sogenannten kulturellen Errungenschaft unberührte Arbeiterschaft klar erkennen. Der christlichen Arbeiterschaft ist es Pflicht, ihre Augen offen zu halten und nicht alles, was als zivilisatorischer Fortschritt im heutigen Volkleben sich breit macht, als bare Münze zu nehmen. Sie wird ja vor die große Aufgabe gestellt, der Menschheit den Beweis zu erbringen, eigene Kultur, eigene geistige Güter zu schaffen und durch diese eine verknüpfte, im inneren Kern angekränkelte Kulturauffassung der sogenannten bürgerlichen Schichten zu ersetzen. Die christliche Arbeiterschaft hat daher einer klaren Sicht und Beurteilung der wahren Ordnung der Werte sich zu befleißigen.

Mit dem bis jetzt Gesagten ist für die christliche Gewerkschaftsbewegung ihre Idee gezeichnet. Es ist die Idee des sittlichen Ernstes. Wir nennen uns bewußt christliche Gewerkschaften. Unsere Ideenwelt fußt auf bewußt religiöser Grundlage. Der Kirche und den Organen derselben überlassen wir es, immer wieder religiöses Leben zu wecken, auch den konfessionellen Standesvereinen. Wir als Gewerkschaften wollen Menschen, in denen religiöses Bewußtsein lebt. Diese sollen mit uns kämpfen für und um unser Recht. Die grundsätzliche Einstellung unserer Bewegung wollen wir nicht verleugnen. Auf sie uns immer wieder

bedenken. Wir verwerfen die Auffassung breiter Volksgemeinschaften von heute, die den Menschen trennen in einen solchen, der in seiner Kirche zu seinem Recht kommt, den man einmal ins Theater führt und einen Menschen, der nur seinem Erwerb, seinem „Geschäft“ nachgeht. Diese Einstellung ist uns vom Verderben geworden! Es gibt keine Teilung des Menschen. Der Mensch ist eine Einheit und das Einheitsstiftende ist die Weltanschauung. Wir wollen vollgültige Menschen im Sinne des Christentums. Wir wollen eine Volksgemeinschaft, die die Rangordnung der Werte zu verwirklichen bestrebt ist, die geistige und körperliche Arbeit in den Dienst einer sittlich-seelischen Höherentwicklung stellt.

Welches ist nun die Aufgabe der christlichen Gewerkschaftsbewegung?

Die heutige Wirtschafts- und Gesellschaftsstruktur ist eine unchristliche. Die Arbeiterschaft ist gezwungen, ihr Leben um ein lärgliches Maß materieller Güter zu verzehren. Ihr Leben geht faktisch auf in der Produktion materieller Güter, an der sie selbst nicht den ihr zustehenden Anteil hat. Ein großer Teil dieser von der Arbeiterschaft unter Aufopferung ihrer besten Lebenskraft geschaffenen Güter fällt den vom liberalistisch-kapitalistischen Geiste geleiteten Unternehmern zu. Ein Teil dient dazu, den sogenannten intellektuellen Kreisen des Bürgertums die Möglichkeit sorgloser geistiger Arbeit zu geben. Und wiederum ein Teil, und das ist der schädlichste des deutschen Volkes, ist in die Möglichkeit verpackt, sich Luxus- und Genußgüter zu schaffen, die in ihrer Menge und Raffinerie kulturfeindlich sind.

Der Arbeiterschaft fällt nur ein geringer Bruchteil der von ihr geschaffenen Güter zu. Gewiß, sie hat teil an den technischen Fortschritten unserer Zeit, aber von den wertvollsten Kulturgütern des Volkes, die den Menschen heben, ist sie auch heute noch so gut wie ausgeschlossen.

Die Verneinung dieser Gesellschafts- und Wirtschaftsform führt deshalb zum Handeln gegen dieses System. Der marxistische Sozialismus, der seit mehr als drei Jahrzehnten die größten Massen der Arbeiterschaft zum Kampf gegen die vorhin geschilderten Wirtschafts- und Gesellschaftsformen aufgerufen hat und führte, hat versagt; er mußte versagen, weil er gegebene Uebelstände durch gleiche Uebel bekämpfen wollte. Der Grund des Verfalls der heutigen bürgerlichen Gesellschaftsstruktur ist der Materialismus. Der Sozialismus will die Auswirkungen des liberalistischen Materialismus, der sich im heutigen Volksleben breitmacht, durch gleichen Materialismus bekämpfen. Seine Lehre, der Marxismus, ist im Wesen eine unbedingte Bejahung der materialistischen Diesseitskultur, ohne Bindung an höhere, religiös-ethische Ziele. Es soll hier aber auch weniger gesprochen werden von den Gegenfähigkeiten, die wir als christliche Arbeiter und Gewerkschaftler zu den sozialistischen freien Gewerkschaften haben. Unsere Aufgabe ist das Positive, das wir als christliche Gewerkschaften besitzen und einzusetzen haben, auch in positiver Arbeit an der Hebung des Arbeiterstandes anzuwenden. Wir wollen durch positive gewerkschaftliche Arbeit nach unseren Grundsätzen, durch positive christliche Gewerkschaftsarbeit an der geistigen und materiellen Hebung des deutschen Arbeiterstandes arbeiten. Wir haben die Auffassung, daß, wenn die christlichen Gewerkschaften heute noch nicht existierten, sie dann noch geschaffen werden müßten, weil wir eingangs schon erkannten, daß eine Behebung der heutigen Zeit-Uebelstände nur durch die christliche Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung erreicht werden kann.

Was will und verlangt die christliche Gewerkschaftsbewegung in wirtschaftlicher Beziehung?

Die heutige Wirtschaft ist Selbstzweck geworden. Wir aber wollen, daß sie dem Menschen diene. Diese unsere Auffassung steht derjenigen der heutigen Wirtschaft und ihrer Beherrscher entgegen, die in der Wirtschaft lediglich ein Objekt dazu sehen, einige Wenige zu bereichern, zu bevorzugen auf Kosten eines größern Volksteiles. Die christlichen Gewerkschaften wollen, daß die wirtschaftliche Tätigkeit eines jeden ohne unausgesetzte Angst um das tägliche Brot ist. Wir heißen eine Erwerbstätigkeit und ein Gewerbe nicht schon um deswillen gut, weil Einkommen, Geld oder Gütergewinn damit verbunden ist. Für uns gibt es keine Trennung zwischen Einzelmensch und Volkswirtschaft. Die

christliche Ordnung aller Werte bedingt von der Erzeugungs-, Bearbeitungs- und Verwaltungstätigkeit der materiellen Güter des Menschen, daß alle, die in den Wirtschaftsprozess hineingestellt sind, auch die Möglichkeit haben, durch diese ihre wirtschaftliche Tätigkeit die materiellen Voraussetzungen zum Teilhaben an den sittlichen und kulturellen Gütern der Volksgemeinschaft erhalten. Wir verlangen für alle Schaffenden und ihre Familien ein Existenzminimum. Darüber besteht wohl kaum eine Meinungsverschiedenheit, daß das, was heute dem arbeitenden Volke als Existenzminimum zugemutet wird, wirtschaftlich und kulturell nicht gerechtfertigt ist. Die christlichen Gewerkschaften erheben die Forderung nach Schaffung eines Einkommensminimums, das für einzelne Gruppen von Menschen ein kulturfeindliches Ueberlasten mit Genußgütern ausschließt. Sie stehen im Gegensatz zu den sozialistischen Gewerkschaften grundsätzlich auf dem Boden des Privateigentums. Aber: Privateigentum, Geld, Kapital, soll letztendlich wieder der Allgemeinheit dienen. Geld und Kapital als unbeschränktes Eigentum des Einzelnen zu erklären ist unsozial und unchristlich. Das Privateigentum gibt nicht nur Rechte, es gibt auch Verantwortung. Aufgabe des Besitzenden ist es, mehr als andere darauf hinzuwirken, daß sich Produktion, Arbeit, Handel auf die Erhaltung, die Schaffung und Verteilung des Lebensnotwendigen und Nützlichen konzentrieren. So allein kann die Kapitalwirtschaft ihre Aufgabe erfüllen, dem gesamten Volke seine Existenz zu geben, seine Ausbreitung und Vermehrung zu gewährleisten. Die Norm, die von der christlichen Arbeiterschaft aus ihrer Ideengrundlage für die Wirtschaft abgeleitet wird, ist also kurz folgende:

Wirtschaftliche Bekämpfung der Wirtschaft als Selbstzweck, Möglichkeiten der Schaffung von Kulturwerten für jede Schicht.

Die christlichen Gewerkschaften wollen in dem eben geschilderten Sinne die ihnen gestellte eigentliche Aufgabe, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse ihrer Mitglieder mit größtmöglichstem Nachdruck verbessern. Sie sind deshalb Kampforganisationen, aber nicht solche mit dem Ziele der Verneinung und Zerstörung, sondern sie sehen ihre Aufgabe darin, für eine Bessergestaltung der Lebenshaltung und -möglichkeiten ihrer Mitglieder zu kämpfen. Kampf ist notwendig und erforderlich in der heutigen Wirtschafts- und Gesellschaftsauffassung. Ohne Kampf hat die Arbeiterschaft nichts erreicht und wird nichts erreichen, auch nicht auf wirtschaftlichem Gebiete. Trotzdem aber wollen die christlichen Gewerkschaften nicht den Klassenkampf des Scheiterns einer Volksschicht gegen eine andere.

In den vorherigen Ausführungen wurde die grundsätzliche Einstellung der christlichen Gewerkschaften im allgemeinen und in bezug auf die Wirtschaft skizziert. Aus dieser grundsätzlichen Einstellung heraus und aus ihrer Missionsaufgabe im deutschen Volksleben muß für alle Mitglieder die unbedingte Schlussfolgerung erwachsen, durch Stärkung der gewerkschaftlichen Organisation für ihren Teil mitzuarbeiten an der Möglichkeit der Erfüllung der gestellten Aufgaben. Stärkung der Selbsthilfeeinrichtungen ist heute moralische Pflicht eines jeden. Die Selbsthilfeorganisationen tragen zu einem großen Teil mit dazu bei, den Erscheinungen der heutigen Wirtschaft einen anderen Charakter zu geben. Es kann und soll nicht Aufgabe dieser Darlegungen sein, auf die Selbsthilfeorganisationen der christlichen Arbeiterschaft im besonderen aufmerksam zu machen. Das soll einer anderen Gelegenheit vorbehalten bleiben. Notwendig aber ist, daß wir uns in der Bekämpfung wirtschaftlicher Mißstände, bei der Erkämpfung wirtschaftlicher Besserstellung der Selbsthilfeorganisationen wirtschaftlicher Art erinnern und ihren Wert erkennen.

Das sozialpolitische Wollen der christlichen Gewerkschaften.

Analog dem Verlangen, daß der arbeitende Mensch von den Erträgnissen seiner Arbeit je nach Grad der Arbeitsleistung und der persönlichen Qualifikation, der Verantwortung und der mit der Arbeit mehr oder minder verbundenen Schädigung seiner Gesundheit und der Gefahren seiner Arbeit eine entsprechende, den Lebensnotwendigkeiten der heutigen Zeit angepasste Entlohnung erhält, die sich und seiner Familie ein menschenwürdiges Dasein sichert, fordern wir fernerhin den Schutz des Arbeiters vor den äußeren

Einwirkungen, die ihn außerstand setzen, seine Arbeitskraft zu gebrauchen. Eine gesunde, auf vernunftgemäßer, menschlicher und christlicher Grundlage aufgebauten Sozialpolitik ist bitter notwendig. Der Arbeiter lebt lediglich von der Zurverfügungstellung seiner Arbeitskraft. Verlust oder Einschränkung derselben ist für ihn gleichbedeutend mit mehr oder minder großem Verlust des Einkommens und Verdienstes. Eine gesunde Sozialpolitik des Einkommens und Verdienstes hat den Arbeiter zu schützen vor größter Notlage infolge Erkrankung, Unfall oder Invaliddität und der Arbeitslosigkeit. Muß der Staat durch sozialpolitische Gesetze eingreifen, weil der Arbeiter und der Arbeiterstand zur Wahrung seiner berechtigten Belange auf diesem Gebiete nicht stark genug ist gegenüber den Einflüssen mehr oder minder unsozial eingestellter Kreise und Strömungen, so soll aber auch diese sozialpolitische Hilfeleistung des Staates sich enthalten vor Eingriffen in die persönliche und ständische Freiheit des Arbeiters. Die Sozialversicherung beispielsweise muß immer mehr dahin ausgebaut werden, daß die Arbeiterschaft, die ein Recht auf die Sozialversicherung hat, auch vollinhaltlich und vollverantwortlich mitbestimmend und selbstbestimmend in der Sozialversicherung mitwirken kann.

Die Sozialversicherung soll den Arbeiter und seine Familie schützen in Erkrankungsfällen und bei Unfällen, bei Invaliddität. Eine Altersversicherung hat mehr noch als bisher für die Sicherstellung einer angemessenen und den heutigen Erfordernissen entsprechenden Lebenshaltung des Arbeiters Sorge zu tragen, wenn der Arbeiter durch Alter nicht mehr in der Lage ist, seine Arbeitskraft der Volksgemeinschaft zur Verfügung zu stellen.

Wir sehen in einer gesunden Sozialpolitik des Staates und der Kommunen ein wesentliches Faktum zur Befriedung der gesamten Volksschicht und wollen durch weitestgehenden Ausbau der sozialpolitischen Gesetzgebung, durch die Beeinflussung der sozialgesetzlichen Maßnahmen und Durchführung derselben mit echt sozialem Geiste die Arbeiterschaft wirklich gleichberechtigt den übrigen Ständen und Volksschichten an die Seite gestellt wissen. Es muß gelingen, in weitesten Kreisen des deutschen Volkes Sinn und Verständnis dafür zu wecken und zu erhalten, daß die staatsbürgerlichen und seitens der Kommunen zu ergreifenden sozialpolitischen Maßnahmen zugunsten der Arbeiterschaft kein Almosen an diese sein kann, sondern eine Gewährung bis heute vorenthaltener Rechte.

Die kulturellen Forderungen der christlichen Gewerkschaften.

Die christliche Rangordnung der Werte verlangt, daß die Wirtschaft der Kultur diene. Kultur entsteht überall dort, wo der Geist des Menschen bildend und formend in Leben und Dinge eingreift, wo er schöpferisch aus sich heraus gestaltet. Kultur ist der Niederschlag alles geistigen Schaffens des Menschen. Eine Kultur als Ganzes, Geschlossenes ist immer der Ausdruck einer Volksseele.

Ist die Volksseele rein und unverbraucht, dann ist auch die Kultur eine reine, hochstehende. Ist die Seele des Volkes krank und zerrissen, dann trägt auch die Kultur den Stempel dieser Zerrissenheit.

Die Kultur des Mittelalters war die Kultur einer gesunden, unverbrauchten Volksseele, sie war eine Kultur der Gemeinschaft. Unsere heutige Kultur dagegen ist die Kultur einer in sich zerrissenen Zeitströmung. Neben manchem Guten und Anerkennenswerten, das wir bei den kulturellen Schöpfungen der letzten Jahrzehnte und der heutigen Zeit finden, sehen wir aber sehr Vieles, was wir als schlechte, widerlichste Untkultur bezeichnen müssen.

Die christliche Arbeiterschaft wollte mit dem Momente, wo sie um ihre materielle Besserstellung kämpfte und rang, mit Teil haben an der Kultur des Volkes. Unser Ziel war immer hier mitzuschaffen zu können. Aber uns schwebte eine andere Kultur vor als die, die wir heute vorgelebt bekommen: eine christliche Kultur, eine Kultur, die hinauswächst aus der sittlichen Reinheit des Gesamtvolkes, die in ihren Wirkungen auf den einzelnen wie auf das Gesamtvolk veredelnd wirkt. Aber eine „verbourgeoisigte“, übersteigerte individualistische Bürgerkultur mußte und weiß es heute noch, die Arbeiterschaft von einem Eigenschaffen auf kulturell-geistigen Gebiete auszuschalten, wenn diese sich nicht ganz gewaltig regt. Wir wollen als christliche Arbeiter eine Kultur, die als Lebensausdruck des gesamten

Volkes gewertet werden kann und muß. Was wir heute auf kulturellem Gebiete zu verzeichnen haben, entspricht diesem bei weitem nicht. Es müssen daher jene Voraussetzungen geschaffen werden, die es der Arbeiterschaft gestatten, an der Schaffung einer reinen, wahren Volkskultur mit tätig zu sein. Die Arbeiterschaft verlangt Bildungsmöglichkeiten elementarer und höherer Art, unabhängig von der materiellen Lage der Arbeiterschaft; sie verlangt, daß Literatur und Kunst in allen Schöpfungen kultureller Art der Bedeutung und dem sittlichen und volklichen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Eigensein des Arbeiterstandes mit entspricht. Wir wissen, daß wir damit eine Forderung aussprechen, die heute noch bei weitem nicht verstanden und gewürdigt wird. Das darf und soll die christliche Gewerkschaftsbewegung aber nicht abhalten, auch in dieser Hinsicht immer und immer wieder mit Nachdruck an der Erreichung dieses ihres Zieles zu arbeiten. Eine christliche Gewerkschaftsbewegung würde ihrer Zweckbestimmung und ihrer Aufgabe nur unvollkommen gerecht werden, wollte sie den kulturellen Erbschaften unserer Lage nicht ihr Augenmerk schenken und nicht alle erdenkliche Mühe aufwenden, der ihr angeschlossenen Arbeiterschaft die Mitbeteiligung und den Mitbesitz an den Kulturgütern und dem Kulturschaffen der heutigen Generation zu sichern. Alle unsere Arbeit auf dem Gebiete des Bildungswesens dient letztendlich mit diesem Zwecke. Unsere Mitglieder und Freunde sollten deshalb die Möglichkeiten persönlicher Fortbildung und Schulung, der Fortbildung und Schulung ihrer Kinder und Angehörigen, die ihnen direkt und indirekt geboten werden, nicht ungenutzt und unbeachtet vorübergehen lassen.

In diesen Ausführungen war bewußt jegliche Kontroverse zu den Gewerkschaften anderer Richtungen unterlassen. Die christlichen Gewerkschaften und die christliche Arbeiterschaft soll sich darauf besinnen, daß sie in ihrem Tun und Handeln, in der Verfolgung ihrer Ziele, der Durchführung ihres eigenen Willens auf die Parallele mit den freien Gewerkschaften nicht nur nicht angewiesen ist, sondern eigenes Gut hat. Die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Grundauffassungen der christlichen Gewerkschaften sind wesentlich verschieden von den freien Gewerkschaften. Die freien Gewerkschaften haben sich, da sie in politischer Hinsicht und in allgemein weltanschaulicher sich bewußt gleichstellen mit der sozialistischen Partei- und Weltanschauungsrichtung, auch die Wandlungen und Kämpfe durchmachen müssen, die die sozialistische Bewegung seit Karl Marx zu verzeichnen hatte. In allen Handlungen lassen sich die freien Gewerkschaften selten von dieser ihrer marxistisch-sozialistischen Weltanschauung. So wie diese aber im Laufe der Jahre manche Wandlung hat durchmachen müssen und an realen Notwendigkeiten nicht vorbeigekommen ist, so finden wir auch bei den freien Gewerkschaften, daß sie trotz ihrer zahlenmäßigen Ueberlegenheit den christlichen Gewerkschaften in vielen Punkten, in dieser wirtschaftlichen und sozialen Politik folgen mußten.

Die christliche Gewerkschaftsbewegung wird auf absehbare Zeit Minderheitsbewegung bleiben. Das besagt aber nicht, daß sie darum weniger Anteil nehmen sollte und müßte an der Gestaltung des Geschicks der deutschen Arbeiterschaft. Im Gegenteil. Gerade die Ereignisse der letzten Zeit dürften jedem Einsichtigen klar bewiesen haben, daß in der christlichen Gewerkschaftsbewegung eine innere Kraft wohnt, die stärker ist als die Idee des Sozialismus. Sie schöpft diese Kraft aus den Brunnen der christlichen Weltanschauung, die die Irrlehren der letzten zweitausend Jahre siegreich überwunden hat, die Ewigkeitswert besitzt.

Voraussetzung des siegreichen Vorwärtsschreitens aber ist, daß sich alle Mitglieder der Bewegung durchdringen lassen von der Idee und dem eigenen Willen der christlichen Gewerkschaften. Der Sozialismus will das Heil der Arbeiterschaft und der Menschheit durch die Masse erzwingen, in der der einzelne in unpersönliches Nichts aufgeht. Wir aber wollen ganze Menschen, vollgültige, vollverantwortliche, die sich mit ganzer Persönlichkeit, mit ganzer Verantwortung in den Dienst ihrer Bewegung stellen, fußend auf den unverrückbaren Grundlagen der christlichen Weltanschauung und eines positiven religiösen Eigenlebens. Das ist die eigentliche Kraft der christlichen Gewerkschaftsbewegung, die sich in sich selbst immer wieder erneuert.

III.

Aufgeschoben, nicht aufgehoben.

Bekanntlich hat der Reichsarbeitsminister die beiden Schiedssprüche über Arbeitszeit und Lohn in der Großeisenindustrie im allgemeinen Interesse von Amts wegen für verbindlich erklärt. Nur gewungen und mit einem inneren Widerstreben hat die Großindustrie diese nun einmal unabänderliche Tatsache hingenommen. Daß die jetzt zu Ende geführte Aktion, die in der Verbindlichkeitsklärung der Schiedssprüche gipfelt, für die Gewerkschaften einen ganz unleugbaren Erfolg bedeutet, müssen selbst die Arbeitgeberverbände und die diesen nahestehenden Pressezeugnisse zugeben. Es kommt ihnen schwer an, dieses eingestehen. Ihr Einverständnis verbinden sie meist mit einer Betrachtung über die Folgen der Verbindlichkeitsklärung der Schiedssprüche. Dann kommen sie zu einer für alle Arbeitnehmer überaus wertvollen und lehrreichen Feststellung. Sie erklären, daß „mit der Beilegung des Eisenkonfliktes eine grundsätzliche Auseinandersetzung nur wohlthätig hinausgeschoben sei,“ und „daß über kurz oder lang die Auseinandersetzung großen Stilles doch einmal kommen müsse“. Zu Mut und Frommen aller Arbeitnehmer soll hier auszugeweiht wiedergegeben werden, was z. B. die „Kölnische Zeitung“ in ihrer Ausgabe Nr. 802 a vom 21. 12. 1927 in einem Artikel, überschrieben: „Die Schiedssprüche in der Eisenindustrie verbindlich“, geschrieben hat:

„Wäre der Kampf ausgebrochen, so hätten sich zweifellos zwei klare und hartnäckige Fronten gebildet: Hier übersteigertes Sozialtempo und mechanische Fortführung der Brauns'schen Lohnschlichtungspolitik, die schon seit geraumer Zeit an einer immer knapper werdenden Decke der industriellen Leistungsfähigkeit zerbricht — und zwar auch an einer Leistungsfähigkeit des Bewusstseins und des Willens, — und dort der Widerstand einer Wirtschaftsgruppe und ökonomischen Anschauung, die ihren Rentabilitätsraum gerade von der sozialen Hand immer mehr und durchaus systematisch eingeengt sieht. Dieser Widerstand, der sich allmählich angehäuft hat und grundsätzlich geworden ist, hätte sich in einem solchen Kampfe zweifellos mit einer Art elementarer Wucht zur Geltung gebracht. Man glaubt in den Kreisen der Industrie, daß man über kurz oder lang doch jenes überspannte und immer mehr heißende Sozialsystem durch eine Auseinandersetzung großen Stilles einmal abhaken muß, wenn nicht seine Träger selbst zur Einsicht gelangen und eine Deflation ihrer zu hoch gespannten Erwartungen und Ziele vornehmen, die im Einklang mit der Belastung und Fortschrittsentwicklung von Wirtschaft, Technik und Kapitalneubildung steht. Diese Einsicht wäre ein Ausweg, wäre die goldene Mitte, aber es ist kaum anzunehmen, daß dieser Weg von den Gewerkschaften und vom Reichsarbeitsministerium beschritten wird. Vielmehr dürfte der jetzt errungene große Erfolg nur noch mehr anspornen und noch größere Hoffnungen aufrechten. Wir glauben daher leider, daß mit der Beilegung des Eisenkonfliktes jene grundsätzliche Auseinandersetzung nur wohlthätig hinausgeschoben ist.“

Die Herren Scharfmacher der Schwerindustrie dürfen sich beruhigen. Die Gewerkschaften sind es wahrhaftig nicht, die sich nach

einer „Auseinandersetzung großen Stilles“ sehnen. Aber vielleicht sind die Herrschaften auf dem richtigen Wege, wenn sie glauben, daß die große Auseinandersetzung doch eines Tages kommen wird. In diesem Falle werden sie die Gewerkschaften schon auf ihrem Posten finden. Sie werden es nicht an der erforderlichen Aufklärung unter der Arbeiterschaft fehlen lassen. Auch die Presseäußerungen der deutschen Arbeitgeber aus Anlaß der Verbindlichkeitsklärung der beiden für die Großeisenindustrie gefällten Schiedssprüche müssen allen Arbeitnehmern bekanntgegeben werden. Vor allem müssen die viel zu vielen heute noch nicht gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmer einsehen, daß die Arbeitgeber mit der großen Auseinandersetzung bestimmt rechnen.

Bei dieser Einstellung recht einflussreicher Kreise, die sich nicht nur in den politischen Parteien, sondern über diese auch in verstärktem Maße bei den Behörden, soweit sie Arbeitgeber sind, auswirken wird, ist mit einer Befähigung auch unterer sozialpolitischer Erfolge zu rechnen. Mit verstärkter Energie wird versucht werden, die Unwirtschaftlichkeit der öffentlichen Betriebe, bei Beibehaltung der jetzigen sozialen Linie nachzuweisen. In nachdrücklicher Weise wird die Umwandlung der Regiebetriebe in Gesellschaftsbetriebe gefordert. Man hofft nach der Umwandlung der Regiebetriebe in einen Gesellschaftsbetrieb, wenigstens den parlamentarischen Einfluß, der ganz naturgemäß einen sozialen Einschlag haben muß, auszuhalten.

Für die gewollte endgültige Auseinandersetzung scheiden die öffentlichen Betriebe als Kampffeld aus. Ihre Gemeinnützigkeit, ihre Aufgabe, lebensnotwendige Bedürfnisse zu befriedigen, bietet ein Schutzwall für unsere Kollegenchaft, direkt in diesen angelegten Kampf miteinbezogen zu werden. Dennoch indirekt werden auch ihre vitalsten Belange entscheidend beeinflusst von den Vorgängern und sich entwickelnden Verhältnissen in der Privatwirtschaft.

Wer die Bedeutung der allgemeinen sozialen Zeitrichtung für seine eigenen Belange nicht erkennt, sich abseits stellt in dem Kampfe, um dem neuen Volksstaat auch einen wirklich sozialen Inhalt zu geben, den er heute noch nicht hat, ist mit Blindheit geschlagen.

Erträgliche soziale Verhältnisse aber schafft nicht derjenige, der abseits steht, sondern nur jener, der in seiner Berufsorganisation den Willen und das Wollen seines Standes und Berufes zur Geltung bringt.

Die Aufgaben der Gewerkschaftspresse.

Anläßlich des goldenen Jubiläums der „Hotel-Revue“ schreibt der Hauptschriftleiter des „Deutschen“ Dr. Döwitsch über die Aufgaben der Gewerkschaftspresse in der Festnummer der genannten Zeitschrift folgendes:

„Die Gewerkschaftspresse hat ihre feste Lesergemeinde. Aus dem Begriff „Gemeinde“ erhebt sich die Eigenart dieser Leserschaft. Ohne kritiklos zu sein, ist sie doch in gewissem Sinne „gläubig“ und überzeugungsgebunden an die sozialen und weltanschaulichen Ziele, denen die Gewerkschaft dienlich ist. Eine Leserschaft also, wie man sie sich

Sparjamkeit.

(Alle Rechte vom Verfasser vorbehalten.)

Schief und abwegig wird oft über die Sparjamkeit geurteilt. Das ist nichts Neues. Seit die Menschen über wirtschaftliche Fragen nachdenken, kommen sie immer wieder auf das Wesen und die Bedeutung der Sparjamkeit zurück. Spart, spart, so bringt ihr es auch zu etwas, wir haben auch gespart.“ So sagen die einen; die anderen sagen: „Wozum sollen wir sparen?“ Andere erzählen uns: „Das Sparen ist doch eine schöne Sache, wenn man in Not kommt, dann hat man doch etwas und man braucht andere nicht um Hilfe oder Bürgschaft zu bitten.“ Diese freuen sich am Sparen. „Nachts nicht zu bunt,“ erwidern andere. „Das Sparen hat Lichtseiten, es hat aber auch Schattenseiten. Was soll aus den hergestellten Gütern werden, wenn das Sparen allgemein geübt und gepflegt wird? Sparen heißt doch: an sich halten, nicht kaufen, was man kaufen könnte, oder nicht verbrauchen, was man verbrauchen könnte.“ Was soll der einzelne Mensch daraufhin tun? Soll er sparen, soll er nicht sparen; wo, wann und wie soll er sparen?

Von unten her gesehen: Wer spart, hat etwas, und das kann für den, der gespart hat, sehr nützlich sein. Geldbesitz macht bis zu einem gewissen Grade frei, und Menschen, die nach Freiheit streben, werden auch nach Geldbesitz streben müssen. Geld macht unabhängig, auch daran kann nicht gezweifelt werden. Manah einer, der von den Fesseln des Geldes spricht, verspürt sehr scharf, was es heißt, leins oder ungenügend zu haben. Jener Vers: „Brüder, trinkt noch eins, wir sind ja noch so jung, im Alter ist's zur Sparjamkeit noch immer Zeit genug“ ist ein ganz einfältiger und dummer Vers. Er schlägt den Tatsachen ins Gesicht. Denn sparen kann man nur, „so man hat“, und das

werden doch die Tage der Kraft und des Wohlbringens sein und nicht das „Alter“. Kurz, wer nach jenem Vers lebt, kann im Alter sein „blaues Wunder erleben“. In einer Anekdote, in der ich jenen Vers gröhlen hörte, redete sich ein Mann in den Sechzigern auf und rief den Gröhlernden zu: „Wo ich jung war, habe ich auch so gesungen, heute bin ich anderer Meinung.“ In diesen Jahren kann allerdings nicht mehr eingeholt werden, was verpasst ist, das kann nicht bezweifelt werden, und auf manchen Lebensgenuss mußte der verzichteten, der noch einen trank, weil er jung war. Also umgekehrt wird ein Schuh daraus. Von der Zurückhaltung, ja der Demütigung, die das Nichtgelbhaben mit sich bringt, sprechen die Menschen nicht gerne. Das ist etwas, „was das Herz begehrt“, aber: er muß es sein lassen, weil er, als er jung war, immer noch einen getrunken hat. Aber wir sind über das Gebiet des Sparens hinausgekommen, denn kaufen ist ja kein Sparen.

Sparen ist für den einzelnen und die Gesamtheit wünschenswert, jedoch nicht immer, nicht überall und nicht unter allen Umständen. Wir dürfen nicht übersehen, daß, wenn gespart werden soll, auch etwas zum Sparen da sein muß. Woher aber soll das zu Sparenden kommen? Es muß jemand da sein, der das heranschafft, was gespart werden soll. Wodurch aber geschieht das? Nur durch Arbeit! Durch geistige und körperliche Arbeit. Vor dem Sparen kommt also allemal die Arbeit. Jedoch: nicht jedes Tun ist Arbeit, auch nicht jede Anstrengung ist Arbeit. Arbeit im volkswirtschaftlichen Sinn ist nur, was der Herstellung wirtschaftlicher Güter dient, genauer: Die Tätigkeit, die auf die menschliche Bedürfnisbefriedigung gerichtet ist. Turnen, Sport, Spiel sind keine Arbeit, auch wenn noch so viele Schwierigkeiten damit verbunden sind. Sparen geht demnach aus der Arbeit hervor. Wird aber alles aufgebraucht, was erarbeitet wurde, dann ist nichts erspart. Das Sparen beginnt also in dem

nur wünschen kann. Aber auch ein journalistischer Stoff, aus dem etwas zu machen ist. Das Hemd ist uns näher als der Rock. Wenn wir über die Dinge, die unser Alltagsleben mit ganzer Kraft erfüllen und von denen unsere Arbeit, über ihr Wesen, ihre Befehle, ihren Erfolg oder Misserfolg lesen, so packt uns das am ersten und unmittelbarsten. Wenn somit die Gewerkschaftspresse ihre Aufgabe richtig auffasst, ist sie der ganzen übrigen Presse gegenüber ein gutes Stück im Vorsprung.

Freilich läßt sich nicht leugnen, daß dieser an sich so ergiebige Stoff nicht ausschließlich durch Tarifdebatten und dergleichen ausgebeutet werden kann. Auch das sonst gern willkommene Mittel, schwungvoll über Allgemeinheiten zu reden und hundertmal formulierte Programmpunkte zum hundertundzweiten Male zu predigen, ist im ernstlichen Leben der Arbeit oft ein schlaffes und wirkungsloses Mittel, Kopf und Herz des Lesers für die großen Ziele gewerkschaftlicher Arbeit zu gewinnen. Es gilt also, das unmittelbare Erleben der Arbeit treffend, anschaulich und klar in die Spalten der Gewerkschaftspresse zu bringen. Den starken Lebenspuls der Arbeit sollte man in jedem Artikel spüren und alles sollte ferngehalten werden, das gekünstelt dasteht oder angefränkelt ist von des Gedankens Blässe. Ein gewisses Maß rein wirtschaftlicher interessenpolitischer Erörterungen wird kein Gewerkschaftsblatt umgehen können. Aber es sollte derartige Erörterungen nicht zu seinem Selbstzweck machen. Wir wissen nur zu gut, daß stumpfe Interessenpolitik dieser Art, z. B. in den Jahrgängen mancher Arbeitgeberverbände, so selbstverständlich geworden ist, daß keinerlei Ausblick auf die Interessen der Allgemeinheit mehr möglich ist. Andererseits gibt es auch Arbeitnehmerblätter, vor allem, wenn sie kommunistische oder radikal-sozialistische Tendenzen verfolgen, denen der Klassenkampf alles ist und deren grenzenlose Armut sich darin kund tut, daß sie sich in diesem Klassenkampf völlig erschöpfen.

Die Blätter der Verbände, die dem Deutschen Gewerkschaftsbund angeschlossen sind, pflegen um diese Gefahr schon darum leichter hinwegzukommen, weil sie den Berufsgedanken entschlossen in den Vordergrund ihrer Arbeit stellen. Jedes ehrliche Gewerkschaftsblatt sollte bei allem Stolz auf den Berufsverband und bei aller Entschiedenheit der Wahrung wirtschaftlicher Vorteile niemals die Einordnung der Berufsarbeit in den Dienst an der Gesamtheit außer acht lassen. Diese Notwendigkeit bringt es mit sich, gelegentlich auch den Mut zu haben, Unbequemes zu sagen. Der Mut zum Verzicht auf demagogische Reize wird heute leider nur zu selten gefunden. Jedermann predigt zwar Verantwortung, aber die wenigsten sind stark genug, sie wirklich zu tragen.

Wenn aber die Gewerkschaftspresse diesen Aufgaben gerecht zu werden bestrebt ist, muß sie hierfür auch Verständnis bei den Lesern finden. Vielfach ist der Fall zu verzeichnen, daß nur ein Bruchteil der Mitglieder, denen die Zeitung zugestellt wird, diese auch lesen. Der andere Teil behauptet nämlich, es stünde nichts „Scheißes“ darin. Freilich, wer in seinem Verbandsblatte die Befriedigung seines Sensationsbedürfnisses sucht, kommt nicht auf seine Kosten. Ebensovienig kann das Verbandsorgan jenen gerecht werden, die glauben es dürfe

nur von ihrem Berufe oder Gewerbe schreiben. Gewiß sollen und müssen, die besonderen Belange und Interessen der betreffenden Berufe und Arbeitergruppen berücksichtigt werden. Doch nicht ausschließlich. Ein großer Teil, wenn nicht der größte, der sozialen Fragen sind allgemeiner Natur. Besondere Sozialpolitik, Arbeiterschutz und Arbeitserversicherung und alles was damit direkt und indirekt zusammenhängt gehört zur allgemeinen Sozialpolitik. Von hier aus werden die Verhältnisse des einzelnen Berufes, der Gruppen und Sparten entscheidend beeinflusst. Die Interessensverbundenheit aller Arbeiter und Angestellten ist viel stärker, wie allgemein angenommen wird. Hinzu tritt die Verbundenheit der einzelnen Verbände mit der Gesamtbewegung in bezug auf grundsätzliche Fragen; wie weltanschauliche Einstellung, Übereinstimmung in den Auffassungen über die Erlaubtheit und Zweckmäßigkeit der anzuwendenden gewerkschaftlichen Mittel usw. Die schlechtesten Gewerkschaftler sind es daher nicht, die gerade diese allgemeingehaltenen Artikel und Berichte in ihrem Verbandsorgan mit Interesse lesen, ihre Kenntnisse dadurch erweitern und so befähigt werden, durch ihre Mitarbeit dem gesamten Stande und damit am besten auch dem eigenen Berufe zu dienen.

Für Sonder- und Eigeninteressen auf Kosten anderer Glieder des Standes, wie sie gelegentlich der letzten Besoldungsreform der Beamten so unliebsam in die Erscheinung trat, ist aber in einer gesunden Standesbewegung kein Raum.

Mit Recht hat sich unser Verbandsorgan immer dagegen gewehrt, wenn von Seiten der Arbeiterschaft der Privatwirtschaft verlangt wurde, die sich aus der anders gearteten Stellung der Arbeiter der öffentlichen Betriebe ergebenden sozialen Vorteile, als unberechtigt hinzustellen. Wenn diese, wie das in etwa gesicherte Arbeitsverhältnis, Anspruch auf längeren Urlaub, Krankentlohn und Ruhegeld, einen Vorkurs darstellen, dann müssen selbstverständlich andererseits auch die Nachteile, größere Verantwortung für den ununterbrochenen Betrieb, Hemmnisse in der Ausnutzung der guten Konjunktur usw., dem entgegengehalten werden. Selbstverständlich muß hier, wo sich gewisse Spannungen zeigen können, die Gewerkschaftspresse unter allen Umständen dem Gesamtwohl dienen, auch wenn dieses manchem zu eng eingestellten Mitglieder des Verbandes nicht paßt.

Das Verbandsorgan soll weiterhin kein Protokollbuch für die Ortsgruppenversammlungen sein und für diese keinen Ersatz darstellen. Nur Berichte, die für die Gesamtheit von Wert sind können aufgenommen werden.

Wer sich diese Aufgaben der Gewerkschaftspresse vor Augen hält und trotz mancher persönlichen anders gerichteten Neigungen sie aufmerksam liest und studiert, wird ohne Zweifel vieles Wertvolle aus ihr zu schöpfen in der Lage sein.

Reichsarbeitsminister Dr. Brauns.

Zum 60. Geburtstag des erfolgreichen Führers der deutschen Sozialpolitik.

Am 3. Januar 1928 konnte der Reichsarbeitsminister Dr. Brauns seinen 60. Geburtstag feiern. Dem treuen Freunde

Zugendbild, wo etwas für die zukünftige Bedürfnisbefriedigung zurückgelegt oder angelegt wird. Hierin ist aller Sinn und alle Bedeutung des Sparens enthalten. Wir sparen vernünftigerweise nicht, um etwas zu haben, sondern um für Notfälle vorgesehen zu sein, um das Leben schöner, angenehmer und genügsamer zu machen. Es steht da in jedem einseitigen oder vorläufigen Verzicht etwas von Voraussicht, Fernsicht, Weisheit. Sparen heißt aber nicht verzichten, sondern heranschaffen und bereitstellen, um gegen Unvorhergesehenes geschützt zu sein oder um das Herangeschaffte, Bereitgestellte besser nutzen zu können. Sparen ist bei wirtschaftlichen Gütern: ein Aufheben im ganzen und in Teilen, und beim Geld: ersparen in kleineren oder größeren Teilen. Von dieser Auffassung aus ist das Sparen anzuschauen.

Wenn man den Sinn des Sparens genauer erkennen möchte, dann muß man nach seinen Nachbarn forschen; sie heißen: Verschwendung und Geiz. Sehr zur Linken ist die Verschwendung, sehr zur Rechten der Geiz. Damit ist auch schon angedeutet, daß das Sparen etwas ist, was Uebertrübungen aus dem Weg geht. Wir könnten auch hart an die Grenze des Sparens die Freigebigkeit und die Einschränkung stellen. Dann gäbe es in aufsteigender Linie: Sparbarkeit, Einschränkung und Geiz; in absteigender: Sparbarkeit, Freigebigkeit, Verschwendung. Von Menschen zu sprechen, die verschwenderisch freigebig, sparsam sind, die sich einschränken oder die geizig sind, hat nur Sinn, wenn alles dies freiwillig geschieht. Die Freiwilligkeit ist ein besonderes Kennzeichen des Sparens. Wer nichts hat, kann nichts sparen. Wer wenig hat und von dem Wenigen noch aufhebt, ist schon sparsam. Wer es aber dazu hat und er bleibt in seinen Ausgaben unter dem Durchschnitt oder gibt nur soviel aus, daß er noch Mangel verspürt, der schränkt sich ein. Der Geizhals leidet aber selber da oder dort Not und er hilft not-

leidenden Menschen auch da nicht, wo er könnte. Der Freigebige fragt nicht viel, er gibt in gewissen Grenzen, wo und wann er kann oder es für richtig hält, zu geben. Der Verschwender kann kein Geld und kein Gut halten; ihn treibt es, auszugeben, fortzuschaffen, wegzubringen. Offenbar ist die Sparbarkeit eine Angelegenheit, in der Maß ist und die ein vernünftiges Ziel hat.

So ist es: die Sparbarkeit ist sinnvoll, wenn sie in dem richtigen Maße geübt und gepflegt wird. Welches aber ist das richtige Maß und die richtige Pflege? Das ist nicht so leicht und nicht so schnell zu sagen. Unter allen Umständen zu sparen, kann zu den größten Anzuträglichkeiten und Verlegenheiten führen. Im ganzen betrachtet sollen die Güter, die hergestellt werden, auch verbraucht werden. Welches Elend entsteht heilsweise, wenn plötzlich ein Viertel oder ein Drittel der Menschen ihren Verbrauch um ein Viertel oder ein Drittel oder gar um die Hälfte mindern! Es ist gar nicht auszudenken, welche Gefahren dadurch entstehen: der Arbeitsmarkt, der Waren- und Geldmarkt kämen ins Schwanken: Heulen, Elend und Zähneklappern kämen über uns. Das Geld käme in Massen zu den Banken, Sparkassen, Kreditkassen, und auf der anderen Seite: niemand oder nur wenige begehrten von den Banken, Sparkassen, Kreditkassen Geld. Viele Waren lägen umher und wären schwer anzubringen (die Preise sinken) und ein erheblicher Teil wäre unverkäuflich. Angestellte und Arbeiter müßten entlassen werden. Die Güterherstellung ließe nach und der Lebensstandard wäre beträchtlich gesenkt. Aber bis sich das alles ausgeglichen hätte, erlebten wir schwere Tage.

Die Lehre daraus ist: Das Sparen muß sehr überlegt werden, es darf nicht übersteigert werden: nicht zur Einschränkung und nicht zum Geiz führen. Gespart wird im einzelnen, in Familien, nicht aber in Gesamtheiten. Das persönliche und familiäre

unserer christlichen Arbeiterbewegung wünschen wir aus diesem Anlaß recht viel Glück und Gottes reichsten Segen.

Dr. Brauns hat sich die größten Verdienste nicht nur um Staat und Politik, sondern insbesondere auch um die christlichen Gewerkschaften erworben. Schon als junger Kaplan hat er vor dreißig und mehr Jahren am Niederrhein den Gedanken des gewerkschaftlichen Zusammenschlusses propagiert.

Als Direktor des Volksvereins für das katholische Deutschland war er der Organisator und Leiter der volkswirtschaftlichen Kurse des Volksvereins. Die meisten der christlichen Gewerkschaftsführer in der Vorkriegszeit gingen durch seine Schule.

In dem Kampf um den selbständigen Charakter der christlichen Gewerkschaften, deren Aufgaben und Zielsetzung, stand Dr. Brauns auf Seiten der letzteren. Er hat stets die Bildung katholischer Gewerkschaften mit aller Entschiedenheit abgelehnt. Die Entwicklung der deutschen Arbeiterbewegung hat ihm recht gegeben.

Die größten Verdienste hat jedoch Dr. Brauns sich in seiner Eigenschaft als Reichsarbeitsminister erworben. Unter der Leitung und Führung von Dr. Brauns hat die deutsche Sozialpolitik der Nachkriegszeit ihren Wiederaufbau erlebt. Bei Beendigung der Inflation war von der Sozialversicherung nur noch der ähmer Rest da; gegen 4000 Millionen Goldmark gingen den Sozialversicherungsträgern verloren. Heute ist die Kranken-, Unfall-, Invaliden- und Angestelltenversicherung über die Preisensteigerungen hinausgewachsen. Durch das Reichsnachschußgesetz erfuhren die Bergleute eine namhafte Förderung ihrer Interessen und eine einheitliche Regelung der ganzen knappschaftlichen Versicherungs- und Pensionsverhältnisse. Der wiederholte Ausbau der Erwerbslosenfürsorge fand in der Schaffung des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung seine Krönung. Die Gewerbe- und Kaufmannsgerichte wurden beseitigt; an deren Stelle trat das neue Arbeitsgerichtsgesetz, dem nun alle Arbeiter- und Angestelltenkreise mit deren Arbeitgebern unterworfen sind. Die Rechtspflege ist schnell, billig, sach- und sachgemäß.

Das Tarifvertragswesen fand unter Dr. Brauns seine gesetzgeberische Verankerung. Das Schlichtungswesen wurde ausgebaut, und es wirkt sich heute als produktionsfördernd und fördernder Faktor aus.

Auf lohnpolitischen Gebieten hat Dr. Brauns in den Zeiten der größten deutschen Arbeitslosigkeit eine wesentliche Senkung der Arbeiterlöhne zu verhindern verstanden. Das Fürsorgewesen wurde unter dem Reichsarbeitsminister einheitlich gestaltet und unter dauernder Befestigung der entehrenden armenrechtlichen Bestimmungen auf eine neue Grundlage gestellt. Die caritativen Organisationen, die sich der freien Wohlfahrtspflege widmen, erfuhren unter Dr. Brauns eine namhafte Förderung.

Maß hat seine Grenze an der Gesundheit und Lebensfreude. Wenn jemand spart und spart, sich oder die Seinen aber gesundheitlich schädigt, so war das ein falsches oder ein unerwünschtes Sparen. Nach der hier gegebenen Erklärung wäre das aber gar kein Sparen, sondern Einschränkung oder Geiz. Immerhin: die für das Aufkommen und Vorwärtstommen der Menschen Verantwortlichen müssen sich klarmachen, wo Sparen möglich ist, wo es anfangen kann und aufhören muß, wo es Sinn hat und wo es zur Plage wird. Starke Einschränkung und Geiz rafften die Menschen ebenso dahin wie körperliche Seuchen, gewiß auch große Freigebigkeit und Verschwendung.

Verständig aufgefaßt, ist Leben und Wirtschaften ein Ringen um das dem Menschen Angemessene oder um das Maß der Dinge und Verhältnisse. Seelisch und leiblich sind wir selten in dem Zustand, den man als Gleichgewicht bezeichnet. Etwas darunter und etwas darüber, mehr darunter und mehr darüber sind wir meistens, und da heißt es: In der Fassung und zu dem Zustand zu kommen, der für unsere seelische und wirtschaftliche Entwicklung am zweckmäßigsten und sinnvollsten ist. Eine für alle gleich sinnvolle Anleitung läßt sich nicht geben. Der Mensch mit Hektanjah und Hebergewicht kann und muß anders mit sich umgehen als ein hagerer mit Untergewicht. Ein Herzleidender hat auf andere Gebühnisse zu achten als ein Lungenleidender, und ein Magenkranker muß etwas anders leben als ein Nierenkranker. Im allgemeinen: ein gesunder Mensch kann und soll anders leben als ein kranker oder leidender. Der Sinn des Junggefellens ohne Familienverpflichtungen kann anders gerichtet sein als der Sinn des Familienvaters oder der Hausmutter. Wer nur 150 Mark im Monat verdient, soll und muß anders haushalten als der, der unter denselben Verhältnissen 300 Mark oder mehr Einkommen im Monat hat. Ein Mensch mit einem bestimmten Wissen und Können soll das aus sich zu

Das Pensions- und Versorgungswesen für Kriegsbefähigte und Kriegshinterbliebene wurde neu aufgebaut und wiederholt ausgebaut. Das Wohnungs- und Siedlungsprogramm wurde neu angefaßt und gefördert. Auf arbeitsrechtlichen Gebieten wurden insbesondere hinsichtlich der Arbeitszeitregelung Fortschritte erzielt; der Arbeitszeitgesetzentwurf liegt noch unerledigt beim Reichstag. Durch den großzügigen Ausbau der Wochenhilfe ging die Kindersterblichkeit im Säuglingsalter stark zurück.

Seine großzügige Art, die sozialen Probleme gesetzgeberisch zu lösen, hat ihm selbstverständlich auch manchen Gegner geschaffen. Es sei hier nur an den Widerstand der Ökonomie-industrie gegen die Arbeitszeitverordnung erinnert. Der androhte, aber jetzt abgegebene Kampf gegen die Durchführung der Verordnung sollte bekanntlich in erster Linie der Sozialpolitik des Reichsarbeitsministers gelten.

Wenn seine verdienstvolle Arbeit im Augenblicke bei den Genossen keine öffentliche Anerkennung findet, so ist dieses verständlich. Bei bevorstehenden politischen Wahlen ist es parteipolitisch gefährlich, dem politischen Gegner Anerkennung zu zollen. Trotzdem bleibt die Frage offen, ob ein Reichsarbeitsminister, von der Sozialdemokratie gestellt, in den letzten acht Jahren jene Erfolge aufzuweisen haben würde, wie der jetzige.

Die christlichen Arbeiter aber haben allen Grund, ihrem Arbeitsminister bei Gelegenheit dieses Jubiläums zu danken, daß er so erfolgreich in ihrem Sinne gearbeitet hat. Sie können nur wünschen, daß er noch lange gesund und rüstig bleiben möge, damit er seiner großen Aufgabe auch weiterhin mit Erfolg dienen kann.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik.

Brennende Fragen des Wohnungs- und Siedlungswesens.

Vor einigen Tagen fand in Berlin eine Vertretertagung des Aktionskomitees für Boden-, Siedlungs- und Wohnungspolitik statt, in dem mit Ausnahme der freien Gewerkschaften alle bedeutenden Organisationen der Mieter, Gewerkschaften, Siedler, Kleingärtner, Bodenreformer, Kriegsbefähigten und Hinterbliebenen mit mehr als 5 Millionen Mitgliedern vertreten sind. Die Tagung war aus ganz Deutschland von etwa 600 Teilnehmern besetzt. Nach Vorträgen des ersten Vorsitzenden des Bundes Deutscher Mietervereine E. V. (Sty. Dresden) Joh. Herrmann, des Vertreters des Deutschen Gewerkschaftsbundes Trefft, des Vorsitzenden des Reichsverbandes der Kleingärtnervereine Reinhold und des Vorsitzenden des Bundes deutscher Bodenreformer, Berlin, Dr. Kahner, wurde folgende Entschliessung einstimmig gefaßt:

Wir protestieren:

1. Gegen den Abbau der Mieterschutzgesetzgebung, insbesondere gegen die frühzeitig geplante Wiedereinführung des Kündigungsschutzes der Hausbesitzer.

machen suchen, was seiner Natur und seinem Geiste nützlich ist, nicht aber jemand nachahmen suchen, der anderer Art ist, anderes weiß und anderes kann. Das alles hängt eng mit dem Sparen zusammen: ob man kann und soll, wo, wann und in welchem Maße man es kann und soll. Daß es in den angebotenen Grenzen nützlich ist, darüber kann kein Zweifel sein, denn nur Arbeit und Vorratsschaffung ermöglicht ein sinnvolles Leben.

Bei allen Sparmaßnahmenbestrebungen darf aber nicht übersehen werden, daß das höchste oder oberste Ziel eine flott sich entwickelnde Volkswirtschaft ist. Daß es zuerst und hauptsächlich auf eine für den menschlichen Bedarf geeignete Güterherstellung ankommt: Kapital wird durch Güterherstellung und Vorratswirtschaft gebildet. Dem einzelnen gibt das Sparen Halt, macht ihn bis zu einem gewissen Grade unabhängig von anderen und es befreit ihn von manchen Sorgen. Wer aber die Kraft und den Saft in sich hat, neues zu schaffen und mehr zu verdienen, der soll besonders daran denken; wer jedoch weniger weis und weniger kann, muß mehr ans Eintauseln und sorgfältige Auswerten denken. Es ist zweckmäßiger im großen Ganzen, höhere Einkommen zu schaffen, als von kleineren Einkommen möglichst viel zu ersparen. Durch das Mehreinkommen vieler wird Volkswohlstand geschaffen; so kann erfolgreicher gespart werden als mit kleineren Einkommen. Zunächst erscheint es ja, daß Fülle (Vorrat) durch starke Güterherstellung oder durch Sparen erreicht werden kann. Es ist vielleicht für einen Augenblick für die Volkswirtschaft gleich, ob viel hergestellt oder von dem Hergestellten viel erübrigt wird. Aber nach kurzer Zeit zeigt sich schon, daß eine reichere Güterherstellung für eine gewisse Zeit volkswirtschaftlich richtiger ist. Wäre es aber so, daß gewisse Rohstoffe mit der Zeit aufgebraucht und kein geeigneter Ersatz dafür gefunden würde, dann müßten sich die Käufer doch wohl mehr auf das Sparen besinnen. Waldabholungen, Kohlen,

2. Gegen die inhaltliche Wohnungspolitik des Reiches, der Länder und Gemeinden.

3. Gegen die zunehmende Vernichtung von Kleingärten und Kleingartengebieten.

4. Gegen den Versuch, durch das sogenannte Steuervereinfachungsgesetz die Ausgestaltung einer reinen Bodenwertsteuer unter Entlastung aller Wohn- und Wirtschaftsgebäude zu verhindern.

5. Gegen die ungerechtfertigten Treiberellen der Baustoffpreise.

6. Gegen die Verschleppung des vom Reichstage in namentlicher Abstimmung vom 5. Mai 1926 mit großer Mehrheit geforderten Bodenreformgesetzes.

Wir fordern:

1. Aufrechterhaltung des Mieterschutzes unter Niedrighaltung der Mieten bis zur Schaffung eines sozialen Reichswohnungswirtschaftsgesetzes als Dauerrecht.

2. Aufstellung und alsbaldige Durchführung eines dem Wohnungsbedarf entsprechenden Reichswohnungsbauprogramms gemäß den vom Aktionskomitee im November 1926 herausgegebenen Richtlinien, zu dessen Erfüllung Länder und Städte verpflichtet werden sollen.

3. Durchgreifende Maßnahmen gemäß Reichsheimstättengesetz zur Schaffung von Dauerlaubentkolonien durch Abgrenzung von Heimstättenartengebieten.

4. Errichtung von Reichsheimstätten, insbesondere für Kriegesbeschädigte und Kriegerhinterbliebene.

5. Als Grundlage einer organischen Ueberwindung der Wohnungs-, Land- und Geldnot die Annahme des Bodenreformgesetzes im Sinne des ständigen Beirats für Heimstättenwesen beim Reichsarbeitsministerium.

Die Tätigkeit der Schlichtungsbehörden.

Das Reichsministerium gibt in der Januarnummer des Reichsarbeitsblattes einen sehr anschaulichen Ueberblick über die Tätigkeit der Schlichtungsbehörden, die nunmehr seit mehreren Jahren bei den Arbeitskämpfen in der deutschen Wirtschaft wirksam sind. Interessant ist zunächst die Entwicklung, die das behördliche Schlichtungswesen seit 1924 genommen hat. Es ergibt sich da eine Abnahme der Schlichtungsverfahren gegenüber 1924 um 71,77 Prozent und gegenüber 1925 um 62,35 Prozent bei den Schlichtungsausschüssen, bei den Schlichtern selbst um 81,38 und 63,14 Prozent (Schlichtungsverfahren bei den Schlichtungsausschüssen 1924: 16 480, 1925: 12 360 und 1926: 4653; bei den Schlichtern 1924: 2095, 1925: 1058 und 1926: 390). Entsprechend ist eine erhebliche Verminderung der Anträge auf Verbindlichkeitsklärung von Schiedssprüchen um 2171 und 1943 Fälle in den Jahren 1924 und 1925 gegen 1926 eingetreten, so daß im allgemeinen eine Abnahme von rund zwei Drittel der Fälle zu verzeichnen ist. 1926 wurden im ganzen 5043 amtliche Schlichtungsverfahren erledigt, von denen 1152 vor der Vorverhandlung oder im Vorverfahren, 3695 im Verfahren vor der Schlichtungskammer und 196 Fälle auf andere Weise erledigt wurden.

Der Zurückgang der Zahl der Verfahren ist wohl auf folgende Gründe zurückzuführen. Die Laufzeit der Tarifverträge wurde in

den Jahren 1925 und 1926 wesentlich verlängert. Hinzu trat eine größere Zusammenfassung. An Stelle der betrieblichen, oder betrieblichen Verträge, traten bezirkliche und an Stelle der letzteren vielfach Landes- oder Reichsverträge.

Weiterhin ist in der Statistik eine allerdings lückenhafte Uebersicht über den Verlauf der Arbeitsstreitigkeiten nach Ablehnung des Antrages auf Verbindlichkeitsklärung von Schiedssprüchen gegeben. In der Mehrzahl der Fälle (296 von 343) trat zunächst ein tarifloser Zustand ein. In einer geringeren Zahl einigten sich die Parteien nachträglich auf Annahme des Schiedsspruches oder schlossen einen neuen, vom Schiedsspruch abweichenden Tarifvertrag. Zur Klarlegung der vollen Wirksamkeit des Schlichterwesens wäre es erforderlich, wenn in dieser Statistik bekannt würde, ob die rechtlichen 228 Streitfälle später zu einem Tarifvertrag mit Hilfe der Schlichtungsausschüsse kamen. Weiterhin wäre erwünscht, wenn recht bald eine Uebersicht der Tätigkeit des Schlichtungswesens wenigstens für das erste Halbjahr 1927 gegeben würde.

Arbeiterbewegung.

Goldenes Jubiläum der „Hotel-Renue“.

In den ersten Tagen des neuen Jahres konnte die „Hotel-Renue“, das Verbandsorgan unseres Bruderverbandes, der Hotel- und Caféangestellten auf sein fünfzigjähriges Bestehen zurückblicken. Von einem sozialbedenkenden Manne, Dr. Wähler, im Jahre 1878 unter dem Titel „Der Kellner-Freund“ geschaffen, machte es sich zur Aufgabe, die Belange der Gasthausangestellten in der Öffentlichkeit zu vertreten. Im Oktober des Jahres 1878 wurde es auf dem allgemeinen Kongresse der deutschen Kellner, der zur Gründung des deutschen Kellnerbundes führte, zum offiziellen Verbandsorgan bestimmt. Der Kellnerverband und mit ihm sein Organ hat dann im Laufe der Jahre den sozialen Strömungen folgend, manche Umwandlung erfahren. Im Jahre 1910 erfolgte der Anschluß der Kellnerorganisation an den Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften. Organisation und Verbandsorgan können heute in der Gasthausangestelltenbewegung als die führenden bezeichnet werden. Diese Tatsache beweist am besten, daß das Jubiläum des genau so wie der Verband verstanden hat, den gestellten Aufgaben gerecht zu werden. Deshalb beiden unseren herzlichsten Glückwunsch zum Jubelfeste.

Ein bedeutungsvolles Jubiläum.

Die Christlich-soziale Gesellschaft begeht am 29. Januar 1928 in Berlin Fünfzigjahrfeier der Gründung der Christlich-Sozialen Partei in der Form einer Stöder-Gedächtnisfeier. Der Hofprediger Adolf Stöder hat mit seinem mutigen Auftreten in der stürmischen „Eiseller-Verammlung“ in Berlin am 3. Januar 1878 und mit der im Anschluß vollzogenen Gründung der „Christlich-Sozialen Partei“ eine Tat vollbracht, deren Wirksamkeit noch heute, über die Lebensdauer dieser Partei hinaus, lebendig ist. Sie wurde zum Eckstein der modernen sozialpolitischen Bewegung im evangelischen Lager. Inzwischen sind wir

Eisen, Vorförderungen sind — wie eben angedeutet — zu bedenken. Der Segen, den die mehr hervorholenden Menschen hätten, artete zum Fluch für die späteren aus. Die späteren mühten mehr und mehr aufzuwenden, um dieselben Mengen zu erzielen, und schließlich verriegelten die Quellen. Derlei Möglichkeiten werden oft angedeutet und es ist wichtig, darauf hinzuweisen. Nur sollte das Bangemachen unterbleiben. Das hat noch nie genügt. Dagegen soll gesagt werden, was ist und was vermutlich wird, aber auch wie etwaigen zukünftigen Erschöpfungen vorgebeugt oder wie an die Stelle nachlassender Stoffe und Kräfte andere gesetzt werden können.

Solche Möglichkeiten gibt es, und nicht etwa nur in der Einbildung überhöhter Gehirne, sondern sehr ernste und gründliche Forscher sind emsig am Werk, Luft, Licht und Wasser viel umfassender und wirksamer auszunutzen, als dies heute der Fall ist. Aber auch die Urstoffe (Kohle, Erze, Oele) sollen viel gründlicher ausgenutzt werden, als dies heute noch geschieht. Die viel Ruh auswerfenden Lokomotiven und Fabrikshornsteine lauten nach den neueren Erkenntnissen und Ausnutzungsmöglichkeiten ganz atmodisch und sinnlos an Was da an Kraft vergebend wird, ist ungeheuer. In diesem Zusammenhang kann es nur kurz angedeutet werden, daß erhebliche Verbesserungen den Volkswohlstand im gesamten fördern. Wenn man von Spanien spricht, darf es nicht so sein, daß man nur an das „Geldsparen“ denkt: etwa einen Pfennig um anderen, eine Mark zu anderen, und das so Ersparte den Geldanstalten bringen, sondern mit allem Ernst, mit aller Kraft und möglichst bald müssen die Urstoffe so benützt und ausgenutzt werden, wie das eben nach den heutigen Erkenntnissen möglich ist. Geschieht das, dann machen wir unsere Volkswirtschaft viel leistungsfähiger, es kann dann viel mehr auf Vorrat gearbeitet und Geld gespart werden, als dies heute möglich ist.

Auch in dem alten Urgewerbe Landwirtschaft kann außerordentlich viel verbessert, größere und bessere Erträge geschaffen werden als bisher. Die Versuche auf Mustergütern ermuntern sehr. Jedenfalls: sie zeigen, was möglich ist und erreicht werden kann. Gewiß, an die Entschuldung der Landwirtschaft zu denken und dahin zu wirken, daß der große Druck gemildert wird, ist nötig und verständlich, aber das vernünftige Mittel ist: Geld zur Verbesserung der landwirtschaftlichen Ergiebigkeit heranzuschaffen. Also auch hier: nicht sparen, um Schulden bezahlen zu können, sondern sparen, um ergiebiger wirtschaften zu können.

Im Gütertausch (Handel und Verkehr) ist ebenfalls viel zu verbessern. In der Lagerung, der Zufuhr, der Aufbewahrung im kleinen, im Verkauf an den letzten Verbraucher kann manches einfacher und zweckmäßiger gemacht werden. Einen ersten Schritt vorwärts bringen die neuen Erkenntnisse über die Erfolgsberechnungen. Früher war oft erst nach einem Jahr ersichtlich: da wurde ein Fehler gemacht, dort ist etwas versäumt worden. Jetzt rechnet man monatlich, wöchentlich oder gar täglich, und nicht im gesamten, sondern das einzelne Stück oder einzelne Teile werden in ihren Kosten genau zu erfassen versucht. So erhält man frühere, genauere und gründlichere Einsichten und damit können viel glünstigere Betriebsergebnisse erzielt werden. Wird all dies sorgfältig und gründlich weiterbedacht und das als wirtschaftlich ergiebiger Bekannte so rasch wie möglich angewandt und durchgeführt, dann wird erheblich mehr gespart werden können. Wenn die Weltspartage mehr auf diese Art der Möglichkeiten eingestellt werden, dann werden sie mehr erreichen, als wenn sie nur an das Geldsparen denken. Die wirtschaftlichen Grundlagen des Sparens verbessern heißt das Sparen erleichtern und fördern.

H. Bachtold.

in Deutschland, dem was Stöcker in jeder Eisenerverversammlung forderte, etwas näher gekommen: „Die Existenz der Arbeiter muß gesichert werden. — Ihre Invaliden müssen versorgt sein, auch ihre Witwen und Waisen sollen Brot haben. Ich halte diese Sicherheit der Arbeiterexistenz für das Wichtigste und Notwendigste in ihrer Lage. Aber es sind noch außerdem genug Schäden zu heilen: die Frauenarbeit ist zu beschränken, die Sonntagsarbeit zu verbieten, ein Arbeitsrecht zu schaffen —.“ Und klingt es nicht wie ein Wort aus unserer Zeit, wenn Stöcker bei gleicher Gelegenheit ausführte: „Diese Herrschaft der schrankenlosen Konkurrenz und des trassierten Egoismus führt von Krisis zu Krisis.“ —

Vieles bleibt noch zu tun. In den christlichen Gewerkschaften haben die „Stöckerianer“ mit den gleichgesinnten Arbeitsbrüder und Schwestern des katholischen Volksteils für mehr Lebensraum und für eine Sicherung der Existenz der deutschen Arbeiter gerungen. Dieses Streben wird fortgeführt werden, und deshalb gedenkt die christlich-nationale Arbeiterschaft gern des Mannes, dessen Persönlichkeit im Mittelpunkt der Feiertage stehen wird.

Von den Arbeiterbanken.

Die deutsche Öffentlichkeit wird mehr und mehr mit den Arbeiterbanken und mit den damit im Zusammenhang stehenden Fragen befaßt. Insbesondere mehren sich die Stimmen, die zu energischer Verfolgung der hier gesteckten Ziele aufmuntern. Von prominenten Persönlichkeiten in der Arbeiterbewegung wurden diese Fragen bekanntlich immer wieder in den Vordergrund gerückt. Nunmehr hat in seinem neuesten Werke über „Industrie und deutsche Wirtschaftspolitik“ Dr. van den Boom, M. Gladbach, in den ausgiebigen Erörterungen über Nationalisierung der Arbeiterbanken eine besondere Stellung zugewiesen. „Und endlich gilt es, angelehnt an die Kapitalansammlungen in den konzentrierten Betrieben die neuerdings stark betonten Bestrebungen der organisierten Arbeiterschaft zu unterstützen, die dahin tendieren, auf den verschiedensten Wegen (u. a. Arbeiterbanken) auch den Arbeitnehmern einen Anteil am Mißbesitz der Wirtschaft zu sichern, Bestrebungen, denen in Zukunft in ganz besonderer Weise die Aufmerksamkeit zu widmen sein wird.“

In der „Westdeutschen Arbeiterzeitung“ werden neuerdings in mehreren Nummern Abhandlungen über „Arbeiterbanken“ wiedergegeben von Dr. Ged. Bonn. Da werden Arbeiterbanken der verschiedensten Länder in ihrer Zielsetzung, Entwicklung und Wirksamkeit dargestellt. Die amerikanischen Gewerkschaftsbanken, dänische, norwegische, schweizer, österreicherische und gar die palästinensischen Arbeiterbanken. Wie in England die Arbeiterbankfrage aufgegriffen und in Holland die Gründung betrieben wurde. Ueber Zielsetzung und Wirksamkeit werden charakteristische Feststellungen gemacht. Das in den Arbeiterbanken angelegte Geld wird die Grundlage für Darlehen und Kredite an Handel und Industrie, an genossenschaftlichen Unternehmungen und an einzelne Arbeiter. Durch Arbeiterbanken zur teilweisen Kontrolle der Kredite zu gelangen und dadurch einen Weg für die soziale Reorganisation der Gesellschaft zu erreichen. Die Bank ist an einer ganzen Reihe industrieller Unternehmungen beteiligt. Der Zweck der Bank ist, allgemeine Bankgeschäfte zu betreiben, besonders Bankgeschäfte für die Arbeiterpartei, deren Mitglieder oder die von der Arbeiterpartei gebildeten Geschäftsunternehmungen oder korporativen Betriebe. Da die Bank ihre vorzügliche Aufgabe in der Pflege des Geschäftsverkehrs mit den genossenschaftlichen und gewerkschaftlichen Organisationen sieht, so spielt das Privatbankgeschäft eine ganz untergeordnete Rolle und die Schuldner sind fast ausschließlich genossenschaftliche Organisationen.

Diese Feststellungen lassen die Vielseitigkeit in der Wirksamkeit der Arbeiterbanken erkennen. Niemals aber gilt es, den Bestrebungen der Arbeiterschaft zu dienen. Von den deutschen Arbeiterbanken geben die Gewerkschaftszeitungen fortlaufend Bericht. Das ist um so mehr erforderlich, als in härterem Maße das Verständnis für die Arbeiterbanken in die weitesten Kreise hineingetragen werden muß. Es gilt besonders, die Organisations- und Spargelder für die Arbeiterbanken mobil zu machen. In härterem Maße muß auch Sinn und Zweck der Deutschen Volksbank insbesondere in die vielseitigen Kanäle der Arbeiterbewegung hineingetragen werden.

Möge das neue Jahr mit seinen neuen Hoffnungen und seinen neuen Entschlüssen für diese Aufgaben neue starke Kräfte auslösen.

Bezirks- und Ortsgruppenberichte.

Kachen. In Kachen ist der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter bei seiner Arbeit in der Wahl seiner Mittel nie wähllos gewesen. Kamn ist die Lohnbewegung der rheinischen Gemeindearbeiter beendet, so beginnt derselbe wieder nach der alten Methode gegen unsere Organisation zu gehen. Jeder anständigdenkende Gewerkschaftler verwirft diese Methoden. Aber so plump wie diesmal und so

ungeverkschaftlich dummi hat der freie Verband es noch nie versucht. In einem Artikel des sozialdemokratischen Organs vom 27. 12. betitelt: „Wenn die Arbeiter nicht oder falsch organisiert sind“ wird zunächst gegen die unorganisierten Stellung genommen. Dann wird ein Riesenerfolg des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter berichtet. Es handelt sich um einen Fall bei der Stadt Würfel, die 10 ständige Gemeindearbeiter beschäftigt. Dort war von beiden Verbänden im Jahre 1920 ein Tarifvertrag abgeschlossen worden. 1923 wurde vereinbart, daß Würfel die Löhne zahle, die mit dem Arbeitgeberverband rheinischer Gemeinden vereinbart würden. Wörtlich heißt es dann in dem Artikel folgendermaßen:

„Leider war auch der größte Teil der Würfelener Gemeindearbeiter der kommunistischen Parole: „Heraus aus den Gewerkschaften!“ gefolgt und nur ein kleiner Teil der Gemeindearbeiter und die Pufffrauen blieben im „christlichen“ Verband. Nachdem die Verwaltung merkte, daß ihre Gemeindearbeiter nicht mehr organisiert waren, erhielten dieselben auch nicht mehr den tariflichen Stundenlohn, der ab 1. April 1927 75 Pfg. war, sondern zahlte einfach 70 Pfg., also 5 Pfg. pro Stunde oder 2,40 RM. wöchentlich jedem Arbeiter weniger. Einspruch konnten die unorganisierten Gemeindearbeiter nicht erheben, weil sie keinen rechtlichen Anspruch als Unorganisierte hatten. Am 17. Oktober d. J. haben sich die Würfelener Gemeindearbeiter wieder dem Verbands der Gemeinde- und Staatsarbeiter angeschlossen; am 18. Oktober wurden durch den Verband die im Tarif festgesetzten Löhne verlangt. Diesem Verlangen mußte die Stadtverwaltung selbstverständlich sofort nachkommen, und die Gemeindearbeiter erhielten ab 17. Oktober wöchentlich 2,40 RM. Lohn mehr.“

Sonderbar ist, daß der „Christliche“ Gemeindearbeiterverband, der, wie bereits angeführt, noch einen Teil der Mitglieder in Würfel hatte, sich seit 1924 nicht im geringsten um seine Mitglieder kümmerte, trotzdem derselbe ebenfalls Vertragskontrahent war.“

Kein sachlich stellen wir zunächst fest, daß von den Würfelener Gemeindearbeitern, auch als es noch mehr als 10 waren, niemals mehr als 3 zu unserem Verband gehörten. Alle anderen waren freiorganisiert.

Zweitens sind die Austritte in Würfel deshalb erfolgt, weil der freie Verband es nicht verstand, seinen Vertrauensmann im Dienst der Stadt Würfel zu halten. Als dieser Vertrauensmann ausgeschieden war, hat der Verband sich nicht mehr um seine Gruppe in Würfel gekümmert. Es waren nicht die „bösen“ Kommunisten, die die Kollegen aus dem Verband herausgebracht haben. In einer Versammlung im Dezember 1926, die der christliche Verband einberufen hatte, haben einige der früher freiorganisierten Kollegen erklärt: „Wir freuen uns, daß sich der christliche Verband überhaupt noch um Würfel bekümmert. Wir sind aus der Kirche ausgestiegen und können darum dem christlichen Verband nicht angehören. Der Sekretär des freien Verbandes hat aber keine Zeit für so ein paar Leute.“

Der Erfolg des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter ist ein sehr billiger. Die ganze Arbeit bestand lediglich in der Mitteilung an die Stadt Würfel, daß sie die tarifmäßigen Löhne nicht mehr bezahlen dürfe. Der christliche Verband hat in einer anderen Gemeinde einen ähnlichen Fall und hat nicht nur erzielt, daß die Gemeindearbeiter laufend den erhöhten Lohn bekommen, sondern auch eine Nachzahlung seit dem Tage, wo ihnen die Gemeinde den tarifmäßigen Lohn vorenthalten hat.

Man sieht also, wie mager die Erfolge des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter sind, wenn man eine derartige Kleinigkeit in der Tagespresse ausposaunen muß. Im übrigen haben die Löhne der ununterbrochen in unserer Organisation restlos verbliebenen Pufffrauen in Würfel wesentlich über den Löhnen der Pufffrauen in anderen Gemeinden, die anscheinend vom Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter vertreten werden.

Aus der ganzen Darstellung dieser eigentlich unbedeutenden Angelegenheit erhellt man, welche Mittelchen der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter anwenden muß, um seine Position überhaupt halten zu können. Derartige „Erfolge“ werden in die Welt gesetzt, dabei werfen man sich zum Vertreter der Unorganisierten auf, nur um dem christlichen Verband, der nach gewerkschaftlichen Grundsätzen handelt, ein auszuweichen. Wir können dem Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter nur den Rat geben, in Zukunft auf anständigere Art Mitglieder zu werben. Er macht sich so nur noch unbeliebter, als er in Kachen schon ist. Die Uebertritte von langjährigen freien Gewerkschaftlern zu unserer Organisation und der gewaltige Mitgliederzugang unseres Verbandes in den letzten 2 Jahren, sollte ihm doch eine Lehre sein, daß man auf eine anständigere Art und Weise viel weiter kommt.

Gedenktafel



Geforden sind die Kollegen:

Heint. Siwert,	Bottrop	14. 12. 27
Joh. Huh,	Ahlen	23. 12. 27
Leo Rademann	Dangig	1. 1. 28
Hil. Koll,	Bonn	3. 1. 28
Franz Sommer	Werk	5. 1. 28
Simon Faulb	B. Baden	6. 12. 27
Wilh. Jac. König	B. Baden	16. 12. 27
Laver Eler	München	8. 1. 28

Ehre ihrem Andenken!